

Bürgerversammlungen in Estenfeld und Mühlhausen

Bei den Bürgerversammlungen in Estenfeld und Mühlhausen machte Bürgermeisterin Schraud auf die veränderte weltpolitische Lage aufmerksam und deren Auswirkungen auf unsere Gemeinde, wie z.B. die steigenden Flüchtlingszahlen, die Personal- und Lieferengpässe sowie die finanziellen Engpässe der Kommunen. Die Haushaltsslage wird sich aufgrund der zurückgegangenen Steuereinnahmen nochmals verschärfen. Hatte die Gemeinde Estenfeld 2021 noch Gewerbesteureinnahmen in Höhe von 4,8 Mio Euro, wurden 2022 nur noch 2 Mio. Euro eingenommen. Auch 2023 wird die Einnahme bei der Gewerbesteuer nicht besser werden, da vom Finanzamt eine Gewerbesteuerrückerstattung in Höhe von 750 TSD Euro zu zahlen ist. Daher dankte Bürgermeisterin Schraud allen Ehrenamtlichen, die sich für das Gemeinwohl in unserer Gemeinde einsetzen. Ohne sie wären viele Dinge nicht möglich. Danach ging sie auf die Baumaßnahmen im vergangenen Jahr ein. Besonders bei den Straßenbaumaßnahmen in Estenfeld und Mühlhausen kam es zu Verärgerungen der Verkehrsteilnehmer. Hier stellte die Bürgermeisterin den Ablauf und die mit allen Beteiligten geführten Vorgespräche dar. Vor jeder Straßenbaumaßnahme gibt es Gespräche mit dem Straßenverkehrsamt, der Polizei, der APG, dem Planungsbüro und der ausführenden Firma. Nach der StVO sind Verkehrsschilder 72 Stunden vor Beginn der Baumaßnahme zu errichten. Auch das führte zu mancherlei Verwunderung bzw. Verärgerung. Würde dies aber nicht gemacht werden, wäre bei einem Verkehrsunfall die Baufirma bzw. die Gemeinde in der Haftung. Der Busverkehr wurde teilweise in der Zeit der Baumaßnahmen nicht so durchgeführt, wie es im Vorfeld besprochen wurde. Hier hat die Gemeinde nur die Möglichkeit, die APG zu informieren, damit diese ihre Busfahrer besser über die veränderte Verkehrsführung unterrichtet. Auch wurden die Absicherungen für die Baumaßnahmen oftmals für überzogen erachtet. Hierzu erklärte die Bürgermeisterin, dass nach der DIN die Firmen diese so errichten müssen, um nicht haftbar gemacht zu werden. Bei der Baumaßnahme Stangenberg kam es zu Überraschungen, da die Leitungen nicht so verlegt waren, wie es in den Plänen dargestellt war. Bei der Umleitung innerhalb von Mühlhausen kam es ebenfalls zu Problemen. Im Vorfeld wurde auch hier mit allen Behörden besprochen, dass es durch das Bibervorkommen zu Anstauungen kommen kann. Seitens der Behörden wurde kein Handlungsbedarf erkannt. Darüber hinaus darf die Gemeinde am Gewässer der 2. Ordnung nicht eingreifen. Die zuständigen Flussmeister lehnten es allerdings ab, weiterhin den Pflegeaufwand zu übernehmen. Somit kam es im November tatsächlich zur Anstauung und die Umleitungsstrecke war nicht bzw. nur noch schwer passierbar. Obwohl die Gemeinde bereits im Mai den Antrag gestellt hatte, den Pflegeaufwand zu übernehmen. Anhand dieser Beispiele ist erkennbar, wie begrenzt und wie mühsam die Handlungsmöglichkeiten für die Gemeinde gegeben sind.

Weiter informierte Bürgermeisterin Schraud über den Baufortschritt bei der Kita Wilhelm-Hoegner-Straße. Der Einzug der Kinder wird am 4. Dezember 2023 sein. An der Grundschule wird der Rohbau Ende dieses Jahr/Anfang 2024 fertiggestellt sein. Über das Regionalbudget konnte der Skaterplatz an der Weißen Mühle, die Fahrradreparaturstation an der Weißen Mühle und die Tischtennisplatte sowie der Basketballkorb in Mühlhausen umgesetzt werden. Darüber hinaus informierte die Bürgermeisterin über die Beendigung der bisherigen Verkehrsüberwachung. Die Gemeinde hat sich aber bereits dem Zweckverband des Landkreises zur Verkehrsüberwachung in den Kommunen angeschlossen, der seinen Dienst ab Januar 2024 aufnehmen wird. Anhand von einigen Auswertungen der installierten bzw. aufgestellten Geschwindigkeitsmessgeräte konnte festgestellt werden, dass sich ein Großteil der Verkehrsteilnehmer (zwischen 90 und 95 %) an die vorgeschriebene Geschwindigkeit hält. Ebenso gab die Bürgermeisterin nochmals den Termin der Infoveranstaltung in Unterpleichfeld zum geplanten Windpark in Burggrumbach und Mühlhausen bekannt und forderte die Bevölkerung auf, sich dort direkt beim Betreiber über dieses Projekt zu informieren. Zusätzlich wies sie auf den geplanten Glasfaserausbau in Estenfeld/Mühlhausen für 2024 hin. Einige Bürgerinnen und Bürger wurden bereits

seitens der Telekom angeschrieben. Der Anschluss wird innerhalb des Akquisezeitraums **kostenlos** erstellt, später fallen dann Anschlusskosten i. H. von 800,00 €. **BGMin Schraud** fügt an, dass man sich lt. Auskunft der Telekom ab sofort bei der Telekom registrieren lassen kann, wenn man sich für einen Glasfaseranschluss entscheidet.

Fragen aus der BV Estenfeld:

Bzgl. der im Mitteilungsblatt angekündigten Anschaffungen für die Freiwillige Feuerwehr Estenfeld wurde die Frage gestellt, weshalb die für das neue Feuerwehrhaus angeschaffte Schlauchwaschanlage nach nur wenigen Jahren schon ersetzt werden muss. **BGMin Schraud** erklärte, dass die Anlage von Anfang an Probleme gemacht habe. Darüber hinaus wurde erst später seitens des Herstellers mitgeteilt, dass die Anlage aufgrund des kalkhaltigen Wassers in Estenfeld häufiger gewartet werden müsse. Mittlerweile ist die Herstellerfirma insolvent und die benötigte angefragte Reparatur bei der Nachfolgefirma sehr teuer. Aus diesem Grund, hat sich der Gemeinderat nach langer Diskussion und vielen Überlegungen, für die Neuanschaffung der Anlage entschieden. **BGMin Schraud** stimmt zu, dass dies sehr ärgerlich für die Gemeinde ist zumal auch die damals erhaltene Förderung anteilig zurückgezahlt werden muss. Für die Neuanschaffung wird allerdings wieder eine Förderung beantragt. Weiter wird die Anschaffung des neuen Löschgruppenfahrzeuges für über 600.000,00 € angesprochen und gefragt, ob dieses Fahrzeug bereits bestellt und in Auftrag gegeben wurde. **BGMin Schraud** teilt mit, dass die Anschaffung und Beauftragung eines solchen Fahrzeuges einer erheblichen Vorlaufzeit bedarf. So sind 1 – 2 Jahre Planungsphase zur detaillierten Ausgestaltung des Fahrzeugs mit dem Kreisbrandrat, Landratsamt etc. einzuplanen. Hierbei wird ermittelt, welches Fahrzeug in der Gemeinde benötigt. Erst wenn diese Dinge klar sind, können die Ausschreibungsunterlagen erstellt werden. Dazu kommt eine lange Lieferzeit des Fahrzeugs usw. Aktuell wurden nur die notwendigen Haushaltsmittel für eine evtl. Anschaffung in den Finanzplan 2027 und 2028 eingestellt. Abschließend wird auf die hohen Kosten für die Entsorgung der in der Schule gefundenen Öltanks verwiesen, und dass es hierzu keinerlei Aufzeichnungen gab. **BGMin Schraud** teilt mit, dass es leider keine Dokumentationen oder Aufzeichnungen zu den vorhandenen Öltanks bzw. über deren Außerbetriebsetzung gab, so dass diese Tatsache bei der Planung nicht berücksichtigt werden konnte. Aufgrund der für eine Entsorgung vorgeschriebenen Beprobungen sind nochmal sehr hohe zusätzliche Kosten entstanden, ebenso hat die Entsorgung zu einer unvorhersehbaren Zeitverzögerung für die Baufirma geführt.

Es wurde nach der Wiedereröffnung des Restaurants der Weißen Mühle gefragt. **BGMin Schraud** teilt hierzu mit, dass aktuell die Trennung der Technik vorangetrieben wird. Ebenfalls wurde der Fliesenspiegel in der Küche ergänzt. Bezüglich der Reparatur der defekten Kühlanlage sind leider bisher keinerlei Angebote eingegangen. Erst wenn diese Arbeiten erledigt sind, kann die Vermietung der Räumlichkeiten öffentlich ausgeschrieben werden.

Weiter wurde die Parksituation Ecke Riemenschneiderstraße/Schafmauer angesprochen. In diesem Bereich ist weiterhin alles zugeparkt und die Straße vom Rathaus kommend kaum einsehbar. In diesem Bereich sollte ein Parkverbot eingerichtet, oder die Vorfahrt geändert werden.

Außerdem sollte an der Ausfahrt am Gemeindeparkplatzes in der Unteren Ritterstraße ein Spiegel angebracht werden, da die Ausfahrt sehr unübersichtlich ist. Gerade kleinere Kinder, die schnell auf dem Gehsteig herankommen, werden nicht gesehen.

BGMin Schraud teilt mit, dass sie das Thema Riemenschneiderstraße/Schafmauer bereits im Bauausschuss besprochen hatte, allerdings hatte sich das Gremium gegen weitere Markierungen vor Ein- und Ausfahrten ausgesprochen. Über andere Möglichkeiten wie z. B. die Änderung der Vorfahrtsregel wird sie mit dem Bauausschuss in einer der nächsten Sitzungen beraten. Der Spiegel am Gemeindeparkplatz soll noch angebracht werden. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass die neue Verkehrsführung in der Lengfelder Straße gut sei, zumal alle Verkehrsteilnehmer jetzt langsamer fahren und man in diesem Bereich nicht mehr überholt werde.

Darüber hinaus wird die geplante Öffnung der Wilhelm-Hoegner-Straße angesprochen. Diese hat bereits viel Geld und Nerven gekostet und wird auch noch viel Geld kosten. Nach Meinung des Fragestellers, macht eine weitere Ausfahrt zur Würzburger Straße hin in diesem Bereich keinen Sinn und ist nur eine weitere Unfallgefahr. **BGM Schraud** teilt hierzu mit, dass aktuell die Kosten für das Regelverfahren inkl. Anwalts- und Planungsbürokosten zusammengestellt werden. Sobald diese vorliegen, wird der Gemeinderat darüber abstimmen, ob die Öffnung der Straße weiterverfolgt wird.

Der gelungene Bürgerpark hinter der Kartause wird gelobt. Jedoch auch die erhebliche Kostensteigerung durch die Mehrkosten der Fa. Fleischhacker von 790.000,00 € auf 1,3 Mio. Euro bemängelt. **BGMin Schraud** fügt an, dass es sich bei den 1,3 Mio. Euro um die Gesamtkosten aller Bau- und Planungskosten sowie der Verbesserungen während der Bauphase und den Überraschungen, wie z. B. der benötigten zweiten Brücke bzw. Kanalsanierungsmaßnahmen in einem Teilbereich handelt, nicht nur um die Kosten für die Firma Fleischhacker.

Fragen aus der BV Mühlhausen:

Besonders der geplante Windpark war Thema in Mühlhausen, da sich die Mühlhäuser Bevölkerung einstmals in einer Bürgerbefragung mehrheitlich gegen den Windpark ausgesprochen hatte. So es gab es in diesem Zusammenhang viele Fragen, wie z.B., inwiefern die Gemeinde die Interessen der Mühlhäuser unterstützen kann. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenplan der Gemeinde angefragt, der Transparenz in die Planungen bringt. Weiter wurde nachgefragt, ob der Gemeinderat beim Vorranggebiet mitentschieden hat und ob die Mühlhäuser evtl. auch von den Windrädern profitieren können (z. B. Strompreis etc.). und ob und wie die Mühlhäuser überhaupt noch Einfluss auf die Planungen nehmen können. Darüber hinaus wollte man wissen, ob die Standorte der Windräder bereits fix sind und ob sich die Gemeinde auch hinsichtlich der Bebauungspläne mit dem Thema Windpark auseinandergesetzt hat. Es wird befürchtet, dass die Gemeinde Angst vor dem massiven Widerstand der Mühlhäuser hat und ob es einen Zeitplan bzgl. der Einreichung von Beschwerden etc. gibt. Darüber hinaus wird die Feststellung getroffen, man fühle sich von den Windparkplänen überrumpelt und wolle wissen, wann, was und wo geplant wurde. Ein Fragesteller wollte wissen, wie der Gemeinderat zum geplanten Windpark steht. Weiter gab es die Nachfrage, ob und wie Estenfeld vom geplanten Windpark profitiert und ob sich die Gemeinde in dieser Sache für Mühlhausen einsetzen kann um evtl. „Vorteile“ auszuhandeln, wenn die Windräder kommen (z. B. günstiger Strompreis). Es wurde an den Gemeinderat appelliert, die Mühlhäuser anzuhören und in Zukunft in den Prozess mit einzubeziehen, da man befürchtet, dass die Mühlhäuser zukünftig nicht mehr selbst als Stromproduzenten oder ähnliches aktiv werden können, wenn jetzt Investoren in diesem Gebiet Windräder aufstellen. Bürgermeisterin Schraud sollte Gespräche mit Bürgermeister Fischer aufnehmen, damit es nicht soweit kommt.

BGMin Schraud erklärt, dass seitens der Bundesregierung der Ausbau von erneuerbaren Energien beschleunigt werden soll. Durch den Wegfall der 10H-Regelung legte die BayWa re. Wind GmbH wieder ihre Planungen beim Landratsamt und der Regierung von Unterfranken vor. Das Vorbehaltsgebiet war bereits seit Jahren im Flächennutzungsplan vorgesehen, wurde allerdings aufgrund der 10H-Regelung und anderer Raumwiderstände nicht umgesetzt. Bei den Behörden werden momentan sämtliche Raumwiderstände abgeprüft. Die Gemeinde ist lediglich als einer der

Träger öffentlicher Belange beteiligt. Sie war weder im Vorfeld bei den Planungen noch bei den Gesprächen mit den Grundstückseigentümern beteiligt worden. Von diesen sollen angeblich bereits 90 % die Verträge unterzeichnet haben. **BGMin Schraud** gibt das Datum der Informationsveranstaltung der BayWa re. Wind GmbH am 23.11.23 ab 16.00 Uhr im Kulturzentrum Unterpleichfeld bekannt, das auch schon im Mitteilungsblatt veröffentlicht wurde. Hier können sich die Bürgerinnen und Bürger direkt über den geplanten Windpark informieren. Hinsichtlich der Wertschöpfung/Bürgerbeteiligung der Gemeinde bzw. eines verbilligten Stromtarifs für die Mühlhäuser wurde bereits seitens der BayWa re. Wind GmbH Gesprächsbereitschaft signalisiert. Wie sich diese allerdings konkret gestaltet, kann noch nicht gesagt werden. **BGMin Schraud** wird versuchen, einen Termin mit der BayWa re. Wind GmbH für Anfang des kommenden Jahres zu vereinbaren, an dem die Mühlhäuser nochmals gezielt ihre Fragen stellen können.

Weiter gab es noch eine Frage zum Glasfaserausbau, ob hier eine bestimmte Anzahl an Haushalten benötigt wird, damit eine Straße mit Glasfaser ausgebaut wird?

BGMin Schraud teilt mit, dass sowohl Estenfeld als auch Mühlhausen im kommenden Jahr seitens der Telekom ausgebaut werden sollen. Die Beantragung kann lt. Telekom ab sofort erfolgen.

Die Baufirma, die den Straßenbau durchgeführt hat, sollte darauf hingewiesen werden, dass es aktuell an der Tischtennisplatte sehr unaufgeräumt ist.

Außerdem wurde nachgefragt, ob Estenfeld Projekte plant, um zukünftig energieautark zu werden?

BGMin Schraud erläutert, dass die Kommunen unter 10.000 EW aufgefordert sind, bis 2028 eine kommunale Wärmeplanung vorzulegen. Die Gemeinde hat sich für das Förderprogramm beworben. Bereits jetzt wird allerdings von allen Energieversorgern und der Wissenschaft festgestellt, dass es eine zu 100 % Elektroenergie basierte Versorgung nicht geben wird.

Es wird auf die große Pfütze an der „Umleitungsstrecke“ hingewiesen. Weiter wird angeregt, ein Schild „Spielende Kinder“ im Gebiet „Am Kies“ aufzustellen. Außerdem wird bemängelt, dass es am Dorfgemeinschaftshaus zu wenig Parkplätze für die Besucher gibt. Darüber hinaus wird ein Hinweisschild für „Spielende Kinder“ am „neuen“ Basketballkorb gewünscht, da hier eine große Unfallgefahr befürchtet wird. Daher wird der Einbau von Bodenschwellen befürwortet. Diese sollte mit der Feuerwehr abgeklärt werden.

Es wird angeregt, seitens der Verwaltung die Eigentümer anzuschreiben und auf die Obstbaumpflege hinzuweisen. Ebenso kann man sich vorstellen, eine „App“ für das Abfragen des Fahrverhaltens der Mühlhäuser anzuschaffen, um evtl. Fahrgemeinschaften bilden zu können. Eine weitere Anregung war die Anschaffung von Mitfahrbänken.

BGMin Schraud griff die vorgebrachten Anregungen auf und lässt diese abprüfen.